

Änderungsantrag
des Abgeordneten Wüppesahl

zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
— Drucksachen 11/7816, 11/7978 —

Entwurf eines Gesetzes über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien
in das öffentliche Netz (Stromeinspeisungsgesetz)

Der Bundestag wolle beschließen:

§ 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

Als neuer letzter Satz wird angefügt:

„Sofern der Einspeiser höhere Kosten für die Erzeugung des Stroms als die in Satz 1 genannte Vergütung nachweist, sind diese zu erstatten.“

Bonn, den 2. Oktober 1990

Wüppesahl

Begründung

Mit der Bindung der Vergütung der Einspeisung an die Erzeugungskosten wird die von vielen Umweltverbänden im Vorfeld der Beratung geforderte kostendeckende Auslegung dieses Gesetzentwurfes erreicht.

Zusätzlich ist die Garantie der Kostendeckung der Stromerzeugung ein notwendiger Anreiz zum Bau bzw. zur Inbetriebnahme von nach diesem Gesetz geförderten Anlagen zur umweltfreundlicheren Stromerzeugung.

